

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit  
Staatssekretär Jochen Flasbarth  
11055 Berlin

Ansprechpartner:

Leiter Politik  
Politische Vertretung Berlin  
Tel: [REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED]@greenpeace.org

Per Fax: [REDACTED]  
Per E-Mail: [REDACTED]@bmu.bund.de

21. Oktober 2019

## Greenpeace - Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über ein nationales Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen (BEHG)

Sehr geehrter Herr [REDACTED], lieber [REDACTED],

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben genannten Gesetzentwurf. Wie schon beim Entwurf des Klimaschutzgesetzes erfolgt die Bitte um Stellungnahme zum BEHG mit einer extrem kurzen Frist zur Beantwortung. Dieses Vorgehen wird der Bedeutung und Notwendigkeit einer sorgfältig und unter Einbeziehung aller stakeholder erarbeiteten Gesetzgebung zum Klimaschutz in keiner Weise gerecht. Es entsteht für uns der Eindruck, dass eine vertiefte Auseinandersetzung der Verbände mit den Gesetzentwürfen nicht gewollt und zur Formsache degradiert wird.

Zum Entwurf eines BEHG nimmt Greenpeace wie folgt Stellung:

Die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems für nicht vom EU-Emissionshandel (EU-ETS) erfasste Emissionen, wie es der vorliegende Entwurf eines BEHG vorsieht, ist nach Auffassung von Greenpeace nicht nur ungeeignet, sondern auch grundsätzlich der falsche Weg, um einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaziele und der Ziele des Pariser Klimavertrags zu leisten.

Wie der Verlauf der regierungsinternen Beratungen und Abstimmungen der letzten Monate zeigt, wurde das Instrument eines separaten nationalen Emissionshandels nicht aus sachorientierten, sondern aus politischen Gründen gewählt. Um die Einführung einer Steuer auf CO<sub>2</sub> zu vermeiden, wurde ein nationales Emissionshandelssystem beschlossen, das nach außen hin als marktwirtschaftliches Instrument erscheint, in der im vorliegenden Entwurf geregelten Ausgestaltung in den Anfangsjahren aber de facto einer Steuer gleichkommt.

### Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01  
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

GREENPEACE

Greenpeace e. V. T 040. 306 18-0, F 040. 306 18-100, mail@greenpeace.org, www.greenpeace.org  
Anschrift Greenpeace e. V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg  
Anfahrt U-Bahn: U 4, Station: Überseequartier; Bus: Linie 111, Station: Osakaallee oder Shanghaiallee  
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030. 308899-0, F 030. 308899-30

Das mit dem BEHG geregelte nationale Emissionshandelssystem

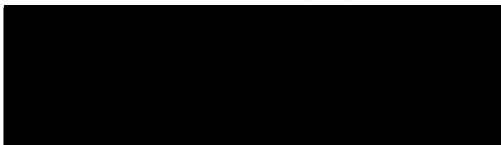
- führt ein kompliziertes und störanfälliges System ein, wo eine einfache, kostengünstige und effektive CO<sub>2</sub>-Bepreisung möglich und sinnvoller gewesen wäre
- erzeugt hohen bürokratischen Aufwand und damit verbundene Kosten in zweistelliger Millionenhöhe
- startet mit einem CO<sub>2</sub>-Preis in Höhe von 10 Euro pro Tonne, der keinerlei Lenkungswirkung entfalten wird. Das gilt ebenso für die angestrebte Preishöhe von 35 Euro in 2026 und den vorgesehenen Höchstpreis von 60 Euro im Korridor ab 2026.
- wird bis 2026 zu keinem Handel mit Zertifikaten führen, weil dafür angesichts staatlich festgesetzter Preise kein Anreiz besteht
- bringt unbegrenzt Festpreis-Zertifikate nach Bedarf in Umlauf und trägt damit zur Überschreitung der Jahresreduktionsziele und den damit verbundenen Strafkosten auf EU-Ebene bei
- spekuliert auf eine Einbindung in den EU-ETS in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, deren Umsetzung völlig ungewiss ist.

Im Ergebnis wird ein teures, hochbürokratisches und perspektivisch unsicheres Instrument eingeführt, dessen CO<sub>2</sub>-Preise absehbar keine ausreichende Lenkungswirkung entfalten, um einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaziele und der Ziele des Pariser Klimavertrags zu leisten.

Nach Auffassung von Greenpeace sollte die Bundesregierung daher keinen nationalen Emissionshandel beschließen und den BEHG-Entwurf zurückziehen. Stattdessen sollte sie

- über eine kurzfristig umsetzbare und kostengünstig erreichbare Reform der Energiesteuern einen CO<sub>2</sub>-Preis von 80 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> einführen, der bis 2030 stufenweise auf 180 Euro pro Tonne angehoben wird
- ein Klimageld als sozialen Ausgleich einführen, um Härten für Geringverdiener zu vermeiden
- flankierend durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie z.B. einen jahresscharfen Kohleausstieg bis 2030 oder ein Enddatum für die Zulassung von Verbrennungsmotoren die Erreichung der Klimaziele sicherstellen.

Mit freundlichen Grüßen



Geschäftsführer